



Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr möchte ich Ihnen, den Rentenberaterinnen und Rentenberatern, auf diesem Weg herzlich für Ihr wichtiges Engagement danken. Ohne Sie würden viele Menschen nicht immer die Rente erhalten, die Ihnen zusteht. Einige Menschen würden vielleicht auch nicht immer verstehen, wie sich ihre Rente zusammensetzt. Aber genau das ist besonders wichtig, wenn wir wollen, dass die Menschen ein auskömmliches Einkommen im Alter haben. Die Menschen müssen wissen, was sich aus ihrer gesetzlichen Rente und möglichen Zusatzversorgungen ergibt.

Deshalb reden wir derzeit auch über die Einführung eines Renten-Checks, oder wie es in der Fachsprache derzeit noch genannt wird, über eine säulenübergreifende Renteninformation. Wir möchten, dass die Menschen auf einen Blick erkennen können, was sie aus den verschiedenen Säulen der Alterssicherung erwarten können. Denn ein Blick allein auf die gesetzliche Rente sagt nicht immer viel darüber aus, wie der Lebensabend gestaltet werden kann.

Ein wichtiges Thema ist derzeit auch die Einführung einer Grundrente. Wir wollen, dass jemand, der jahrzehntelang gearbeitet, seine Angehörigen gepflegt oder Kinder erzogen hat, eine Rente bekommt, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Vor allem wollen wir aber, dass die Person nicht mehr zum Amt gehen muss, dass sie eine Rente erhält, die den Namen auch verdient. Das geht nur ohne eine Bedürftigkeitsprüfung wie wir sie bei der Grundsicherung kennen. Denn dort müssen, weil es sich um eine Fürsorgeleistung handelt, alle persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse – auch die des Partners/der Partnerin – offengelegt werden. Die Grundrente soll aber eben keine Fürsorgeleistung sein, sondern die Anerkennung von Lebensleistung durch Erwerbstätigkeit, Erziehung und Pflege. Dafür werden wir als SPD streiten.

Ebenfalls in dieser Wahlperiode soll mit der Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung begonnen werden. Ein längst überfälliger Schritt. Wenn

es nach mir geht, dann beziehen wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch gleich mit ein. Das hat etwas mit Gerechtigkeit, Solidarität und Vertrauen zu tun. Wir reden zu recht seit Langem davon, dass wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren wollen. Das hat mit der sozialen Absicherung des einzelnen aber auch mit der Solidarität aller zu tun. Dass die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten eine besondere Herausforderung darstellen wird, ist klar. Aber damit werden wir nicht beginnen, wenn wir als Abgeordnete nicht den ersten Schritt gehen. Das könnte den Weg, gepaart mit Vertrauen, hin zu einer echten Erwerbstätigenversicherung ebnen – langfristig auch ohne Versorgungswerke, ohne Ausnahmen.

Neben diesen Vorhaben gibt es auch schon einiges, was wir erreicht haben: In den vergangenen Jahren hat es so viele Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rente gegeben wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Angefangen bei der abschlagsfreien „Rente mit 63“, Verbesserungen bei den Kindererziehungszeiten (sog. Mütterrente I und II) und bei der Erwerbsminderungsrente. Außerdem haben wir erreicht, dass die Renten wieder mit den Löhnen Schritt halten, indem wir das Rentenniveau bis 2025 bei 48 Prozent stabilisiert und den Beitragssatz bei 20 Prozent begrenzt haben.

Auch wegen dieser Veränderungen und der damit zunehmenden Komplexität, glaube ich, dass die Bedeutung der Rentenberatung in Zukunft zunehmen wird. Ich denke da u.a. an die Problematik der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten, aber auch an die nachgelagerte Besteuerung. Diese führt dazu, dass in Zukunft immer mehr ältere Menschen eine Steuererklärung abgeben müssen. Sicherlich, es ist logisch, dass wir jetzt auch in der Rente die nachgelagerte Besteuerung haben. Sie wird aber zu mehr Beratungsbedarf führen. Das macht Ihren Job nicht einfacher, aber umso wichtiger.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen noch einmal für Ihr bisheriges Engagement danken und wünsche Ihnen eine spannende Fachtagung.

*Ralf Kapschack, MdB
Rentenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales*